

«Die Linke hat zu viel Einfluss»

FDP-Präsident Philipp Müller signalisiert Kooperationsbereitschaft zur Mitte und nach rechts

Das Gerangel in der Mitte hat der Linken neue Optionen eröffnet. Philipp Müller ist bereit, in einer Mitte-Allianz mitzuwirken. Er stellt aber Bedingungen.

Herr Müller, mit welchen politischen Vorgesetzten sind Sie ins Jahr gestartet?

Wir werden kämpfen, deutlicher reden und die Probleme anpacken, die auf dem Tisch liegen. Wenn es zur Zuwanderungs-Initiative der SVP ein Nein geben sollte, was ich sehr hoffe, werden wir das nicht auf sich beruhen lassen.

Was heisst das konkret?

In der Migrationspolitik werden zu viele Fehler gemacht, ganz besonders beim inkonsequenten Vollzug. Deshalb haben wir eine zu hohe Zuwanderung, vor allem aus Drittstaaten.

Sie haben das aussenpolitische Heu nicht auf der gleichen Bühne wie die SVP. Trotzdem will Toni Brunner mit der FDP bei den Wahlen 2015 flächendeckend Listenverbindungen eingehen.

Listenverbindungen sind immer eine Option. Die FDP steht Mitte-rechts. Aber man kann nicht alles über einen Leisten schlagen. Die Analyse machen in der föderalistischen FDP unsere Kantonalparteien. Diese werden entscheiden. Ich werde aber empfehlen, nach der Lagebeurteilung die beste Variante auch umzusetzen. Die SVP könnte bei uns Goodwill schaffen, wenn sie auch unsere Ständeratskandidaten unterstützen würde. Das macht sie zurzeit in Glarus nicht.

Im Wahljahr 2011 wurde über die Option einer Allianz der Mitteparteien diskutiert? Ist das weiterhin eine Option?

Es gibt Grenzen, weil ich sehe, dass CVP und BDP alles daransetzen, die Wiederwahl von Eveline Widmer-Schlumpf abzusichern. Die derzeitige Nichtexistenz der klassischen Zauberformel – zwei Bundesratsitze für die drei wählerstärksten Parteien, ein Sitz für die viertstärkste Partei – schafft zu-

«Wir stehen Mitte-Rechts. Listenverbindungen sind eine Option. Die Kantonalparteien entscheiden.»

nehmend Probleme. Frau Widmer-Schlumpf verliert immer mehr Abstimmungen. Sie hat keine Machtbasis im Parlament. Eine Regierung sollte sich aber numerisch im Parlament spiegeln.

Also keine Mitte-Allianz?

Ich bin sofort bereit, eine Mitte- beziehungsweise Mitte-Rechts-Allianz zu bilden, wenn sich CVP und GLP zur klassischen Zauberformel bekennen. Das heisst für mich, dass der Wähleranteil jeder einzelnen Partei in den Nationalratswahlen 2015 zählt. Kooperationen oder Wahlallianzen, wie sie CVP und BDP beabsichtigen, zählen nicht. Sie müssten vor den Wahlen fusionieren.

Das ist eher unwahrscheinlich.

Auch mir gegenüber haben CVP-Exponenten schon ihr Unverständnis darüber ausgedrückt, dass sich die CVP-Leitung so stark an den Rockzipfel der BDP hängt.

Faktum ist, dass zwischen den Polparteien SP und SVP mehr gestritten als kooperiert wird.

Im Oktober 2011 haben die Wählerinnen und Wähler ein grossmehrheitlich bürgerliches Parlament gewählt. Dieses trifft viele Entscheidungen, die nicht bürgerlich, sondern links sind. Wenn ich dann den SP-Präsidenten Levrat höre, wie er süffisant erklärt, es sei schön, wie die Zusammenarbeit mit den Mit-



Die 10-Millionen-Schweiz ist keine Perspektive: Philipp Müller.

ANNICK RAMP / NZZ

parteien CVP und BDP funktioniere, dann läuft etwas falsch. Man darf es auch einmal deutlich sagen: Die SP ist nur eine 18-Prozent-Partei, hat im Parlament aber überproportional viel Einfluss. Eine starke Mitte könnte die Linke in die Schranken weisen.

Die FDP könnte sich den Grünliberalen annähern. Sind Ihre Avancen in der Umweltpolitik lediglich schöne Worte?

Nein. Wenn ich mit unserer Basis spreche, dann kommt nach dem Topthema Migration bald einmal die Ökologie. Namentlich Frauen wollen konkrete Antworten von der FDP, und diese werden wir geben. So kann sich die FDP die Weiterentwicklung der zur Steuer verkommenen CO₂-Abgabe hin zu einer echten Lenkungsabgabe vorstellen. Wir wollen aber auch die Aufhebung der bestehenden Subventionswirtschaft.

Allianzen sind das eine, inhaltliche Strategien das andere. Derzeit gibt die Linke den Takt vor. Die nächste Herausforderung ist die Mindestlohn-Initiative.

Ja, das ist ein gutes Beispiel für die Strategie der Linken. Verlangt wird absurd viel, um das zu erhalten, was man will.

Vom Staat festgesetzte Mindestlöhne stellen die bisher gekannte und bewährte Sozialpartnerschaft infrage. Warum soll sich ein Unternehmer mit Gewerkschaften noch an einen Tisch setzen, um einen orts- und branchenspezifischen Gesamtarbeitsvertrag auszuhandeln, wenn doch schon alles in der Verfassung und im Gesetz steht?

Das ist eben handfestes Polithandwerk.

Sicher, die Mindestlohn-Initiative ist ein legitimes Druckmittel, um die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen zu stärken. Dann aber würden Firmen gegen jede liberale Wirtschaftsordnung gezwungen, bei einem Gesamtarbeitsvertrag mitzumachen. Es geht den Gewerkschaften einzig um einen Ausbau ihrer Macht. Das erinnert mich an das Grossbritannien der 1970er Jahre, als die Gewerkschaften das dortige Wirtschaftssystem komplett lahmgelegt haben.

Die FDP ist permanent gefordert, das Erfolgsmodell Schweiz zu verteidigen. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand.

Ich kritisiere nicht die Sozialdemokraten, die das tun, wofür sie gewählt

worden sind, nämlich eine sozialdemokratische bis sozialistische Politik zu vertreten. Es ist unschön, dass wir uns permanent im Abwehrkampf befinden. Aber wir werden Klartext reden und aufzeigen, was wir in der Schweiz mit freiheitlichen Werten erreicht haben. Ein Blick auf die umliegenden Staaten genügt, wo vieles nicht funktioniert. Alle sozialistischen Experimente sind irgendwo auf der Welt bereits in die Hosen gegangen. Müssen wir die gleichen Fehler in der Schweiz wirklich auch noch wiederholen?

Trotzdem stehen Sie im Gegenwind.

Was fehlt, ist die Akzeptanz der Wirtschaft in der Bevölkerung. Früher sahen sich die Menschen als Teil der Wirtschaft. Heute ist die Wirtschaft für viele Menschen etwas Abstraktes. Man meint, das seien jene, die nur nach Vorteilen für sich selber suchen. Viele Unternehmer haben viele Fehler ge-

«Von den Unternehmen erwarte ich mehr Verständnis für unser Milizsystem.»

macht: Es sind Exzesse passiert, eine ungeheure Arroganz wurde an den Tag gelegt. Das hat zur Distanzierung geführt. Wir müssen zu diesen Fehlern stehen und eine neue Kultur schaffen. Aber man muss endlich aufhören mit der Selbstkasteiung, das hilft nur den Linken. Das Umdenken bei den meisten Wirtschaftsführern ist im Gange.

Was erwarten Sie von den Wirtschaftskapitänen und Verbänden?

Noch ist nicht alles auf gutem Wege. Die Verbände machen Kampagnen zu einzelnen Abstimmungsvorlagen. Mir fehlt eine langfristige Kampagne, die aufzeigt, dass sich Wirtschaft und Gesellschaft nicht trennen lassen. Ich erwarte von den Unternehmen, dass sie mehr Verständnis aufbringen für unser Milizsystem, für das Gemeinwesen, die Freiwilligenarbeit. Freisinn heisst auch Gemein Sinn. Viele Firmen sahen bisher nicht mehr ein, dass es wichtig wäre, dass sich auch Wirtschaftskader in Gemeindebehörden oder Schulpflegen engagieren.

Die FDP hat ihre Anti-Bürokratie-Initiative nicht zustande gebracht. Planen Sie eine neue Volksinitiative?

Nein. Wir konzentrieren uns darauf, in den Exekutiven und Parlamenten liberale Lösungen zu erarbeiten. Es gibt schon genug Initiativen, mit denen einzig Probleme bewirtschaftet werden.

Wie lautet Ihr Wahlziel für 2015?

Die FDP will wachsen. Die liberale Stimme muss zum Wohle der Schweiz wieder gestärkt werden. Stagnation ist keine Option.

Hat die FDP auch nach 2015 zwei Sitze im Bundesrat?

Ja.

Interview:

René Zeller, Michael Schoenenberger

«Man will nicht in einem zubetonierten Land leben»

Verkennt die FDP die realen Probleme, die mit der Zuwanderung einhergehen?

Sicher nicht. Wir hielten bereits 2009 fest, dass bei der Personenfreizügigkeit im Vollzug einiges schief läuft, und erstellten deshalb einen Massnahmenkatalog. Neben der härteren Gangart im Asylwesen müssen die Missbräuche bei der Personenfreizügigkeit abgestellt werden. Anzusetzen ist auch bei der viel zu hohen Einwanderung aus Drittstaaten.

Sind Kontingente, welche die SVP-Einwanderungsinitiative will, die Lösung? Kontingente funktionieren nicht. Die

Einwanderung aus Drittstaaten ist das beste Beispiel. Jährlich kommen 40 000 Personen aus Drittstaaten in die Schweiz. 72 Prozent kommen nicht als Erwerbstätige. Hier liegt das Problem, nicht in der Freizügigkeit mit der EU.

Hat es in der Schweiz Platz für 10 Millionen Menschen?

Das ist keine Perspektive. Wir müssen die Zuwanderung senken, aber auch die Infrastrukturen ausbauen. Das Mittel- land gehört zu den zehn dichtestbesiedelten Gebieten der Welt, mit Ausnahme von Stadtstaaten wie Singapur.

Der Ausbau der Infrastrukturen kann doch keine Antwort sein in Zeiten, wo die Menschen sich um eine Überbevölkerung des Landes sorgen.

Die FDP will nicht nur Infrastrukturen ausbauen, sondern auch die Zuwanderung einschränken. Die Menschen definieren Lebensqualität anders als früher. Sie wollen nicht Wachstum à tout prix, nicht in einem zubetonierten Land leben. Migrationspolitik darf man nicht nur für die Wirtschaft machen. Die Wirtschaftsverbände bringen einzig ökonomische Argumente vor. Das wird den Leuten nicht genügen.